



Verband Ökonomische Bildung an  
allgemein bildenden Schulen e. V.

**Stellungnahme des erweiterten VÖBAS-Vorstands vom 29.9.2013 zur  
Anhörung des Kerncurriculums Politik-Wirtschaft  
für die Schuljahrgänge 8 – 10 des Gymnasiums**

Geschäftsstelle:  
Blumenstraße 19  
26121 Oldenburg  
Tel. 0441-27931  
[info@voebas.de](mailto:info@voebas.de)  
[kajoburkard@gmx.de](mailto:kajoburkard@gmx.de)

Mit der Umbenennung des Fachs Politik in „Politik-Wirtschaft“ im Jahre 2006 hat das Land Niedersachsen einerseits der gestiegenen Wahrnehmung und Bedeutung der ökonomischen Dimension im Leben der Menschen Rechnung getragen, andererseits aber der Etablierung eines selbstständigen Faches Wirtschaft eine Absage erteilt, nicht zuletzt auch mit Blick auf die durch das G 8 noch verschärften Verteilungskonflikte der Fächer um die knappe Ressource Unterrichtszeit. Die Probleme der pragmatischen Lösung, politische und ökonomische Bildung unter dem Dach eines gemeinsamen Fachs zu organisieren, lagen und liegen allerdings auf der Hand: Erstens trafen dabei unterschiedliche Fachdisziplinen mit je spezifischen Problemstellungen, Erkenntnisweisen und Begriffen sowie unterschiedliche Fachdidaktiken mit je eigenen Traditionen, Ziel- und Kategoriensystemen aufeinander, die sich bisher eher neben- als miteinander entwickelt hatten. Die ersten Curricula für das Fach Politik-Wirtschaft akzentuierten daher eher das gleichberechtigte Nebeneinander der beiden Disziplinen als ihre Integration unter gemeinsamen Perspektiven. Zweitens wurde die Forderung, nun gleichermaßen Politik *und* Ökonomie zu unterrichten, von vielen Politiklehrern als eine echte Herausforderung, wenn nicht gar als eine Zumutung empfunden, denn die meisten von ihnen mussten sich jetzt in einen Gegenstands- und Problembereich fachlich und didaktisch einarbeiten, den sie in ihrem Studium und in ihrer Ausbildung aus verschiedenen Gründen eher vernachlässigt hatten.

Inzwischen kann das neue Fach als *fait accompli* angesehen werden, auch wenn es in der Unterrichtstheorie noch manche ungelösten Probleme und in der Unterrichtspraxis noch manche Unvollkommenheiten gibt. Politische Bildner bestreiten nicht mehr den Stellenwert der Ökonomie in Lehrerbildung und Unterricht wie auch die ökonomischen Bildner zunehmend die Chancen sehen, die sich aus den Wechselbeziehungen von Wirtschaft und Politik sowohl auf der Ebene der Erkenntnisgegenstände als auch auf der Ebene der Erkenntnisweisen ergeben. Ökonomische Themen haben nicht nur verstärkt Eingang in den Unterricht gefunden, sondern ansatzweise auch in die Abituraufgaben, was wiederum die Verbindlichkeit der Behandlung von Wirtschaftsthemen erhöht.

Als noch unter der Vorgängerregierung eine Kommission mit dem Auftrag berufen wurde, das Kerncurriculum Politik-Wirtschaft für die Schuljahrgänge 8 – 10 mit dem ausdrücklichen Ziel einer stärkeren Integration der Lernbereiche Politik und Wirtschaft, einer deutlicheren Akzentuierung der Kompetenzorientierung und einer gewissen Reduzierung der Stofffülle „weiterzuentwickeln“, durfte dies als Absicht gedeutet werden, einerseits an der Grundsatzentscheidung für das Fach Politik-Wirtschaft festzuhalten, andererseits aber bestimmte Anpassungen an praktische Erfahrungen und an neuere fachdidaktische Entwicklungen vorzunehmen.

Aus der Sicht unseres Verbandes, dessen Selbstverständnis und praktisches Wirken in einem sehr umfassenden Sinne der Förderung der ökonomischen Bildung an allen Schulformen des allgemeinbildenden Schulwesens gilt, ist es für die Beurteilung der Anhörung letztlich entscheidend, ob der Anspruch einer „Weiterentwicklung“ des Kerncurriculums eingelöst worden ist oder nicht: Hält das neue KC an der verbindlichen Verankerung ökonomischer Inhalte und Kompetenzen fest? Ermöglicht es einen Politik-Wirtschaft-Unterricht, der die Heranwachsenden für ein selbstverantwortliches Handeln in ökonomisch geprägten Handlungssituationen und Rollen, insbesondere als Verbraucher, abhängige und /oder selbstständige Erwerbstätige sowie als Wirtschaftsbürger, stärkt? Fördert es die Interdisziplinarität politischer und ökonomischer Wirklichkeitszugänge und Erkenntnisweisen auf der Grundlage ihrer Disziplinarität?

In diesem Sinne forderte die VÖBAS-Mitgliederversammlung bereits am 16.3.2012 im Hinblick auf das „weiterzuentwickelnde“ Kerncurriculum Politik-Wirtschaft für die Schuljahrgänge 8 - 10

- *erstens „einen gleichgewichtigen Anteil ökonomischer Themen, insbesondere aber die Beibehaltung der Themen Wirtschaftliches Handeln im privaten Haushalt, Das Unternehmen als wirtschaftliches und soziales Aktionszentrum, Funktionen des Staates in der sozialen Marktwirtschaft (unter Einbeziehung der europäischen Ebene)“,*
- *zweitens „einen gleichgewichtigen Anteil ökonomischer Erkenntnisweisen bzw. fachspezifischer Methoden, darunter insbesondere das ökonomische Verhaltensmodell als Deutungsmöglichkeit wirtschaftlichen Verhaltens, das Marktmodell als Instrument zur Analyse von Interaktionen auf Märkten und das Kreislaufmodell als Strukturierungshilfe und heuristisches Instrument für die Erkenntnis von ökonomischen Zusammenhängen und Interdependenzen“.*

Die vorliegende Anhörfassung kommt diesen Forderungen durchaus entgegen, wenn sie die **Eigenständigkeit und Gleichrangigkeit** von politischer und ökonomischer Bildung postuliert:

*„Der Anspruch des Unterrichtsfachs Politik-Wirtschaft ist es, die integrierenden Potenziale von politischer und ökonomischer Bildung zu nutzen und die jeweiligen Perspektiven der beiden Domänen zu wahren. Nur wenn die Schülerinnen und Schüler über grundlegende politische und ökonomische Kompetenzen verfügen, ist es möglich, gesellschaftliche Phänomene umfassend zu analysieren und dabei die Leistungsfähigkeit und die Grenzen domänenspezifischer und integrierender Zugänge zu erfahren.“ (Anhörfassung, S. 7)*

Daher begrüßen wir ausdrücklich den Versuch, mit den drei **Basiskonzepten** „Anreize und Motive“, „Interaktionen und Entscheidungen“ sowie „Ordnungen und Systeme“ einen **gemeinsamen Kern** des Bereichs Politik-Wirtschaft“ zu definieren, denn diese Basiskonzepte schließen sowohl die Handlungs-, Interaktions- und Institutionentheorie der Ökonomik als auch die inhaltlich-normative, prozessuale und institutionell-formale Dimension der Politik ein.

Auch die Auswahl der **Gegenstandsbereiche** (Themenfelder), an denen sukzessive die geforderten Kompetenzen erworben werden sollen, findet unsere weitgehende Zustimmung. Die Anhörfassung hält ungeachtet einiger Verschiebungen und Kürzungen, die dem verbreiteten Wunsch nach „Marscherleichterung“ für die Schülerinnen und Schüler im G8-System Rechnung trägt, grundsätzlich an der Systematik des Mehrebenensystems der Politik (Kommune, Nationalstaat, Europa, Welt) sowie der zentralen ökonomischen Akteuren (private Haushalte, Unternehmen, Staat, Ausland) fest. Allerdings greift unserer Auffassung nach die Formulierung „Konsumententscheidungen Jugendlicher“ zu kurz. Jugendliche sind umfassend in die Entscheidungen privater Haushalte eingebunden, weshalb wir für eine Erweiterung des Themas plädieren: „Konsumententscheidungen Jugendlicher *und privater Haushalte*“.

Erfreulicherweise wurden aus dem alten KC die drei **Kompetenzbereiche** (Sach-, Methoden- und Urteilskompetenz) nicht nur übernommen, sondern sogar präzisiert. Die eigentliche Herausforderung kompetenzorientierter Curricula zeigt sich freilich bei der Auswahl und Formulierung der inhalts- und prozessbezogenen Kompetenzen.

Auch wenn wir den **Kompetenzkatalogen** (S. 15, 17 f.) im Großen und Ganzen zustimmen können, halten wir im Interesse der zentralen Steuerungsfunktion der Kerncurricula für die Planung, Durchführung und Evaluation von Unterricht, aber auch im Hinblick auf das unseres Erachtens unverzichtbare politische und ökonomische Orientierungswissen einige **Konkretisierungen bzw. Ergänzungen** für dringend geboten:

	Anhörfassung (aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in schlagwortartig verkürzter Wiedergabe)			VÖBAS-Vorschläge zur Ergänzung bzw. Konkretisierung
	Sachkompetenz	Methodenkompetenz	Urteilskompetenz	
8	<b>Konsumententscheidungen Jugendlicher</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einkommensquellen und Einkommensverwendung</li> <li>• Einflussfaktoren auf das Konsumverhalten</li> <li>• Rechtliche Rahmenbedingungen</li> <li>• Funktion von Märkten und Preisen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• einfacher Wirtschaftskreislauf</li> <li>• Marktmodell</li> <li>• Werbung (analysieren)</li> </ul>	Die SuS überprüfen <ul style="list-style-type: none"> <li>• kriterienorientiert Konsumententscheidungen und</li> <li>• Ergebnisse von Marktprozessen</li> </ul>	→Titel: „Konsumententscheidungen Jugendlicher <i>und privater Haushalte</i> “ →Sachkompetenz: Die allseits geforderte <i>finanzielle Allgemeinbildung</i> sollte aufgenommen werden, aus Gründen der Zeitknappheit möglicherweise aber auf die lebensweltlich bedeutsame Problematik der Ver- und Überschuldung fokussiert. Vorschlag: „ <i>beschreiben Gründe für und Folgen von Ver- und Überschuldung</i> “ → Methodenkompetenz: Hier sollte im Sinne des geforderten rationalen Konsumentenverhaltens eher ein didaktisch vereinfachtes <i>ökonomisches Verhaltensmodell</i> als Analyseinstrument eingesetzt werden.

8	<b>Politische Entscheidungen im Nahbereich</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufgaben und Organe der kommunalen Selbstverwaltung</li> <li>• Beteiligungsformen</li> <li>• Rahmenbedingungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Politikzyklus auf kommunaler Ebene</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erörtern einen Entscheidungsprozess</li> <li>• nehmen Stellung zu Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher</li> <li>• und zu wirtschaftlichen Bedingungen von Kommunen</li> </ul>	→ Zur Methodenkompetenz: Im Sinne des kumulativen Kompetenzaufbaus sollte hier der Wirtschaftskreislauf als Analyseinstrument genutzt werden. Vorschlag: „ <i>analysieren mithilfe des Wirtschaftskreislaufs mögliche wirtschaftliche Auswirkungen von kommunalpolitischen Entscheidungen</i> “
9/10	<b>Unternehmen und Arbeitsbeziehungen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundfunktionen und Ziele</li> <li>• Tarifrecht und Mitbestimmung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ziele und Leitbilder (analysieren)</li> <li>• Konflikte (analysieren)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erörtern Zielsetzungen von Unternehmen</li> <li>• beurteilen Lösungsmöglichkeiten eines Konfliktes</li> </ul>	→ Zur Sachkompetenz (ggfls. auch zur Methodenkompetenz): Unternehmen operieren zwar am Markt, nutzen aber i.d.R. hierarchische Organisationsformen zur Koordination von Entscheidungen. Aber auch wegen ihrer universellen Bedeutung müsste hier die Organisation eingeführt werden. Vorschlag: „ <i>beschreiben (erläutern) das Entscheidungssystem von Betrieben als Aufbau- und Ablauforganisation</i> “
9/10	<b>Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf Bundesebene</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahlsystem</li> <li>• Verfassungsorgane im Gesetzgebungsprozess</li> <li>• Parteien und Verbände</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Politikzyklus auf nationaler Ebene</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erörtern Lösungsmöglichkeiten eines aktuellen Entscheidungsprozesses</li> </ul>	
9/10	<b>Verfassungsprinzipien und Wirtschaftsordnung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes</li> <li>• Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratiemodell des Grundgesetzes</li> <li>• erweiterter Wirtschaftskreislauf</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• beurteilen die Bedeutung der Verfassungsprinzipien im Grundgesetz</li> <li>• erörtern Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns in der Sozialen Marktwirtschaft</li> </ul>	→ Zur Sachkompetenz (ggfls. auch zur Methodenkompetenz): Um Anspruch und Realität des <b>Leitbilds</b> (!) der Sozialen Marktwirtschaft wirklich einordnen und einschätzen zu können, bedarf es der Kenntnis grundlegender Ordnungsformen (z.B. Eigentum, Lenkung, Preisbildung etc.). Nur so können die SuS unterschiedliche Wirtschaftsordnungen unterscheiden. Vorschlag: „ <i>beschreiben (analysieren) Wirtschaftsordnungen anhand grundlegender Ordnungsformen</i> “
9/10	<b>Wandel der Arbeitswelt</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale und ökonomische Folgen des Wandels der Arbeitswelt</li> <li>• Wandel wirtschaftlicher Strukturen und betrieblicher Anforderungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Statistiken (analysieren)</li> <li>• Erkundungen und Praktika</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erörtern Chancen und Risiken in der sich wandelnden Arbeitswelt ...</li> <li>• überprüfen eigene Praktikumserfahrungen ...</li> </ul>	→ Nicht nur Folgen, sondern auch <i>Ursachen</i> des Wandels sollten thematisiert werden. → Der Begriff der „betrieblichen Anforderungen“ ist unscharf. Vorschlag: „ <i>Arbeitsanforderungen</i> “
9/10	<b>Europäische Union</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenwirken der Institutionen</li> <li>• Politische Motive und ökonomische Ausgestaltung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Politikzyklus auf europäischer Ebene</li> <li>• Szenarien erläutern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erörtern multiperspektivisch Interessen und Lösungsmöglichkeiten anhand eines aktuellen Entscheidungsprozesses</li> <li>• nehmen Stellung zur Bedeutung der politischen und ökonomischen Integration</li> </ul>	→ Zur Sachkompetenz: Am Beispiel der Entwicklung der europäischen Integration von der EGKS bis zur EWU (einschließlich der zeitweilig konkurrierenden EFTA) lernen die SuS ein Stufenkonzept der ökonomischen Integration kennen, das universell anwendbar ist. Daher sollte die Formulierung „Politische Motive und ökonomische Ausgestaltung“ neu gefasst werden, z.B.: „ <i>geben politische und ökonomische Motive der europäischen Integration wieder</i> “ „ <i>beschreiben die Stufen der ökonomischen Integration Europas</i> “ Zur Methodenkompetenz: Auch hier sollte der <i>erweiterte Wirtschaftskreislauf</i> (z.B. zur Untersuchung der ökonomischen Auswirkungen bestimmter Entscheidungen) genutzt werden.

In der Spalte Methodenkompetenz deutet sich ein grundsätzlich begrüßenswerter, wenn auch recht reduzierter **spiralcurricularer Wissens- und Könnenaufbau** an (Politikzyklus, Wirtschaftskreislauf), der nach unserer Auffassung unbedingt erweitert werden sollte (insbesondere um das Modell der Preisbildung und das ökonomische Verhaltensmodell).

Recht karg muten die Hinweise zu den *fachspezifischen Lern- und Arbeitstechniken* an. Hier fehlen (abgesehen von dem genannten Analysieren von Statistiken) etliche der für den Politik-Wirtschaft-Unterricht re-

levanten Methoden, z.B. das Interpretieren von Karikaturen oder das Erstellen und Auswerten von Schaubildern, die Nutzung und kritische Analyse verschiedener Medien etc.

Weitaus problematischer aber erscheint uns die Übernahme des von Weißeno et al. (2010) in Anlehnung an naturwissenschaftliche Bildungsstandards propagierten Ansatzes der **Fachkonzepte**, die nach der Anhörfassung des Kerncurriculums dazu dienen sollen, „Problemstellungen kategorial zu erschließen, fachspezifische Verknüpfungen aufzuzeigen und Zusammenhänge zwischen sozialen Phänomenen nachzuvollziehen“ (S.8). Diese „Fachkonzepte“ sind

- erstens unter Politikdidaktikern heftig umstritten (siehe Autorengruppe Fachdidaktik: Konzepte der politischen Bildung. Eine Streitschrift, Schwalbach/Ts. 2011),
- spielen zweitens im wirtschaftsdidaktischen Diskurs – anders als die aus der bildungstheoretischen Didaktik adaptierten „Kategorien“ (siehe Dauenhauer, May, Kruber) - bisher keine erkennbare Rolle,
- sind drittens empirisch kaum erforscht und praktisch wenig erprobt,
- werden viertens im Kerncurriculum nicht hinreichend erläutert,
- sind fünftens teilweise widersprüchlich (wie der Begriff der „integrierenden Fachkonzepte“)
- erscheinen sechstens in ihrer Zuordnung zu den „Wissensdomänen“ und Basiskonzepten fraglich.

Zur Entschärfung dieser Probleme schlagen wir vor,

- a) über eine Umbenennung der „integrierenden Fachkonzepte“ nachzudenken,
- b) entweder auf den Terminus Fachkonzepte zu verzichten und ihn durch den Terminus Kategorien zu ersetzen oder aber im Interesse einer größeren Akzeptanz und besseren Verständlichkeit die Fachkonzepte zu präzisieren und ihre Auswahl genauer zu begründen,
- c) einige Zuordnungen von Fachkonzepten bzw. Kategorien zu den Themenfeldern zu ändern.

Ad a): Der Begriff „integrierende Fachkonzepte“ ist widersprüchlich bzw. missverständlich: Entweder handelt es sich um ein domänenspezifisches Konzept bzw. Fachkonzept oder um ein integrierendes, d.h. domänenunspezifisches bzw. *fachübergreifendes* Konzept. „Macht“ (und Ohnmacht) ist ohne Zweifel eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste politische Kategorie überhaupt. Sie findet aber auch in der Ökonomie Anwendung, z.B. in der Marktformenlehre als „Marktmacht“ (etwa eines Monopolisten oder eines Kartells). Trotz ihrer Ähnlichkeit sind politische und wirtschaftliche Macht in ihren jeweiligen Kontexten zu unterscheiden; ihre Spezifik sollte also in dem „integrierenden Fachkonzept“ nicht eingeebnet werden.

Ad b): Gerade weil das Konzept der Fachkonzepte in der Fachdidaktik noch so heftig umstritten ist, sollte es nicht in ein Kerncurriculum mit rechtlich verbindlichen curricularen Vorgaben Eingang finden. Wir schlagen vor, weiterhin mit den seit langem eingeführten **Kategorien** der politischen und ökonomischen Bildung zu arbeiten.

Ad c): An dem Recht und an der Pflicht der Kommission bzw. des Kultusministeriums, im Interesse einer im Hinblick auf Abschlussprüfungen unverzichtbaren Einheitlichkeit verbindliche **Setzungen** vorzunehmen, soll nicht gerüttelt werden, wohl aber ist eine **möglichste Kohärenz und Nachvollziehbarkeit** einzufordern. Dazu machen wir folgende Vorschläge:

		Anhörfassung			Kommentare (VÖBAS)	
	Themenfelder	Basis-konzepte	Fachkonzepte (FK)			
			integrie-rende	politi-sche	ökono-mische	
8	<b>Konsumentscheidungen Jugendliche</b>	Motive und Anreize	Nachhaltigkeit	Werte	Knappheit	Die Auswahl der ökonomischen Kategorie der Knappheit ist nachvollziehbar, denn sie schließt nicht nur das Spannungsverhältnis von Bedürfnissen und Mitteln ein, sondern ist auch der Ausgangspunkt weiterer Kategorien (z.B. Wirtschaften im Sinne des ökonomischen Prinzips, Alternativ- oder Opportunitätskosten etc.). Die Kategorie „Wert“ aber ist domänenunspezifisch“. Sinnvoller wäre hier das politische Fachkonzept <b>„Recht“</b> , weil ja in dem Themenfeld ausdrücklich rechtliche Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln angesprochen werden.

8	<b>Politische Entscheidungen im Nahbereich</b>	Interaktionen und Entscheidungen	Interesse	Partizipation	Anreize u. Restriktionen	Inhaltlich passt auch hier besser das ökonomische Konzept der <i>Knappheit</i> , welche die (kommunal-)politischen Akteure vor konfliktreiche Entscheidungen zwischen alternativen Verwendungen zwingt.
9/10	<b>Unternehmen und Arbeitsbeziehungen</b>	Interaktionen und Entscheidungen	Konflikt	Gerechtigkeit	Effizienz	Der Begriff der Gerechtigkeit ist keineswegs nur der politischen Domäne eigen und spielt selbstverständlich in der Philosophie, Soziologie und Volkswirtschaftslehre eine prominente Rolle.
9/10	<b>Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf Bundesebene</b>	Interaktionen und Entscheidungen	Macht	Legitimation	Anreize u. Restriktionen	Keine Einwände
9/10	<b>Verfassungsprinzipien und Wirtschaftsordnung</b>	Ordnungen und Systeme	Sozialstaat	Demokratie	Marktwirtschaft	Keine Einwände
9/10	<b>Wandel der Arbeitswelt</b>	Interaktionen und Entscheidungen	Interdependenzen	Sozialer Wandel	Arbeit	„Sozialer Wandel“ und „Arbeit“ sind zuvörderst <b>soziologische</b> Kategorien.
9/10	<b>Europäische Union</b>	Ordnungen und Systeme	Integration	Werte	Markt	Mit dem Konzept „Markt“ soll der europäische Binnenmarkt erschlossen werden; angesichts der Weiterentwicklung zur Währungs-, Banken- und Fiskalunion greift dies aber zu kurz. Sinnvoller erscheint das allgemeinere Konzept der <i>Integrationsstufen</i> , das Freihandelszone, Zollunion, Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion und politische Union einschließt. Zur Erfassung des <i>politischen</i> Gebildes Europäische Union erscheint auch der eher unspezifische Begriff der „Werte“ wenig geeignet, eher schon ein Begriff wie „ <i>Supranationalität</i> “, der immer auch nach Nationalität und Internationalität (Intergouvernementalität) fragen lässt. Die <i>übergreifende</i> Kategorie könnte dann stärker die Politik und Wirtschaft verbindende Ordnung aufgreifen, z.B. die Frage nach der (noch ausstehenden) europäischen <i>Verfassung</i> .